

liche Umfeld der Novemberrevolution, ohne die Eckdaten der Gesamtbiographie zu vernachlässigen.« (S. LXIII) Während etwa die Angaben zu Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Wilhelm Pieck – aus welchen Gründen auch immer – sehr detailliert sind (von Pieck erfährt man beispielsweise, daß er 1949 bis 1960 Staatspräsident der DDR gewesen ist), endet die äußerst knappe Anmerkung zu Philipp Scheidemann mit dem Ende seiner Amtszeit als Reichsministerpräsident. Während bei Pieck sogar auf dessen »Gesammelte Reden und Schriften« verwiesen wird, findet sich bei Scheidemann überhaupt kein Literaturhinweis, nicht einmal auf dessen Schilderung der Revolutionszeit in »Der Zusammenbruch«. Dies ist beileibe kein Einzelbeispiel, sondern steht stellvertretend für zahlreiche nicht nachvollziehbare Annotationen. Man darf deshalb gespannt sein, ob diese »Kinderkrankheiten« in den folgenden Bänden ausgemerzt werden. *Bernd Braun, Heidelberg*

Andreas Brundiers, *Gegenrevolution in der Provinz. Die Haltung der SPD zu den Einwohnerwehren 1919/20 am Beispiel Celle*, Verlag für Regionalgeschichte, Bielefeld 1994, 166 S., pb., 19,80 DM.

Die Reaktionen des deutschen Bürgertums auf die Novemberrevolution sind durch die grundlegende Arbeit von Hans-Joachim Bieber in letzter Zeit stärker in den Mittelpunkt des wissenschaftlichen Interesses geraten. Zu diesen Reaktionen gehörten auch die Versuche, der Schaffung bewaffneter Organe durch die lokalen Arbeiter- und Soldatenräte (Volkswehren, Rote Garden etc.) eigene Formationen entgegenzustellen, sei es durch Neugründungen, sei es durch die Kooperation mit den aus dem Felde zurückkehrenden Einheiten. Unterstützung fanden diese Initiativen bei der Führung der Mehrheitssozialdemokratie, die Zweifel an der Loyalität der proletarischen Truppen bei einem von der Reichsregierung befürchteten spartakistischen Aufstand hegte. Vor Ort hingegen wurde nicht nur von USPD und Spartakus, sondern auch von vielen Mehrheitssozialdemokraten dieser Kurs der Reichsregierung als Schwächung der Revolution abgelehnt.

Brundiers' Studie ist an der Schnittstelle zwischen Bürgertums- und Arbeiterbewegungsforschung angesiedelt. Sowohl die Entstehung der Einwohnerwehren in Stadt- und Landkreis Celle als auch die Reaktion der SPD darauf werden detailliert geschildert. Brundiers zeigt, wie auf bürgerlicher Seite das Garnisonskommando, die Spitzen der Kommunalverwaltung und die Sprecher der bürgerlichen Parteien vom rechten Flügel der DDP bis hin zur DNVP mit großer Ausdauer auf die Errichtung der Einwohnerwehr drängten, bis sie sich – unterstützt von Regierungs- und Oberpräsident – gegen den Widerstand von MSPD und USPD durchsetzen konnten. Dieser Widerstand wurde in Celle ungewöhnlich lange aufrechterhalten, so daß in der Stadt erst durch eine Anordnung des Oberpräsidenten Anfang 1920 die Bildung der Einwohnerwehr erfolgte. Am 15. März 1920 sollte sie ihren Dienst aufnehmen; dies fiel aber direkt mit dem Kapp-Putsch zusammen. Brundiers ist zuzustimmen, daß hierin ein wichtiger Grund dafür zu sehen ist, daß der Celler Arbeiterschaft die schnelle Entwaffnung der Einwohnerwehr gelang.

Aus welchen Motiven heraus in Celle die Sozialdemokratie länger als anderswo kategorisch die Bildung einer Einwohnerwehr ablehnte, wird in der Arbeit nicht ganz klar. Offenkundig ist die Quellenlage zur Beantwortung dieser Frage zu dünn, war auch der hierfür notwendige Vergleich mit anderen Städten nicht Thema der Arbeit. Sehr deutlich hingegen läßt sich erkennen, was die Ziele der bürgerlichen Befürworter der Einwohnerwehr waren. Ihnen ging es um die Wiederherstellung der vorrevolutionären Machtverhältnisse. Daß sie dabei letztlich erfolgreich waren, lag nicht nur an der von Brundiers überzeugend herausgearbeiteten Unterstützung durch die oberen Instanzen des Staatsapparates bis hin zu den so-

zialdemokratischen Reichsministern. Wichtig war auch, daß unterhalb der Ebene von weltanschaulichen Auseinandersetzungen um Republik oder Monarchie, um Kapitalismus oder Sozialismus der unmittelbare Schutz des eigenen Betriebs vor Eingriffen der Arbeiterschaft in die Besitzrechte Motiv für das Engagement breiter bürgerlicher und bäuerlicher Schichten war. Dieser Aspekt kommt bei Brundiers etwas zu kurz. Es war nicht nur ein vordergründiges Argument, wie er auf Seite 49 schreibt, daß die Einwohnerwehren im Landkreis und am Stadtrand Schutz vor lebensmittelsuchenden Städtern bieten sollten. Die Auseinandersetzung um die Einwohnerwehren hatte neben vielen ordnungspolitischen Gründen auch etwas mit dem Konflikt zwischen schlecht versorgten städtischen Arbeitern und den Bauern um die Lieferung von landwirtschaftlichen Produkten zu tun.

Zu Recht weist Brundiers am Ende seiner Untersuchung darauf hin, daß Arbeiten über die personelle Kontinuität von den Einwohnerwehren hin zum »Stahlhelm« noch ausstehen. Ebenso reizvoll wäre es, die örtlichen Schützenvereine als Rekrutierungsbasis ländlicher Einwohnerwehren oder auch des »Stahlhelms« zu berücksichtigen.

*Bernd Rother, Potsdam*

Detlev Brunner, Bürokratie und Politik des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes 1918/19 bis 1933, Bund Verlag, Köln 1992, 524 S., kart., 72 DM.

Angesichts der in den letzten Jahren verfestigten Vorbehalte gegen »anonyme Apparate« einerseits, des Vordringens sozial- und alltagsgeschichtlicher Fragestellungen andererseits ist die Geschichte der Arbeiter- bzw. Gewerkschaftsbewegung als Organisationsgeschichte vielfach in Mißkredit geraten. Daß jedoch auch aus einer organisationsgeschichtlich focusierten Analyse des Spannungs- und Wechselverhältnisses von Organisation und Politik wichtige Erkenntnisse zum Verständnis der Gewerkschaftspolitik gewonnen werden können, zeigt die 1991 vom Institut für Geschichtswissenschaft der TU Berlin angenommene Dissertation von Detlev Brunner zu Bürokratie und Politik des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB).

Die Studie Brunners beleuchtet die Problematik von Organisation und Politik in zwei – etwa gleich umfangreichen – thematisch voneinander geschiedenen Blöcken: Zunächst geht es um Organisation und Bürokratie des ADGB, dann – unter dem etwas plakativen Titel »Verantwortung für das ›Volksganze‹ oder Klasseninteresse?« – um die Politik des ADGB in bestimmten Konflikt- und Entscheidungssituationen.

Wenden wir uns zunächst dem ersten Teil zu, der den eigentlichen Wert des Buches auszumachen scheint, wird hier doch vielfach Neuland betreten. Nach einem knappen Rückblick auf die Entwicklung der gewerkschaftlichen Bürokratie im Kaiserreich werden Aufgaben und organisatorischer Aufbau des ADGB dargestellt. Deutlich wird, daß die Gründung des ADGB im Jahre 1919 die – ohnehin angelegten – Tendenzen zur Zentralisierung der Gewerkschaftsorganisation verstärkte. Mit der Bildung des Gewerkschaftsbundes als Dachverband wurde eine Gesamtvertretung der Freien Gewerkschaften geschaffen, deren Stellenwert nicht zuletzt deswegen so bedeutend war, weil mit der Gründung der parlamentarischen Demokratie, der rechtlich-politischen Anerkennung der Gewerkschaften und den zahlreichen politischen Krisen und Konflikten die politische Vertretung aller Freien Gewerkschaften an Bedeutung gewann. Der Leipziger Kongreß des ADGB im Jahre 1922 trug dem Rechnung und erweiterte durch Satzungsänderungen die Kompetenzen der ADGB-Spitze. Der ADGB-Vorstand seinerseits reagierte auf den Zuwachs an Aufgaben und Einfluß mit einem Ausbau der Bürokratie. Die Vorstandsverwaltung wurde personell verstärkt, und der organisatorische Unterbau durch Bezirkssekretariate wurde stabilisiert.